

Klartext



Mit roter Handschrift

Mit dem 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm hat die Große Koalition in Berlin wichtige Impulse für Wachstum und Arbeit gesetzt. Vieles trägt dabei die Handschrift der SPD, so zum Beispiel das Programm zur energetischen Gebäudesanierung, die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen und die Einführung des Elterngeldes.

Auch in Bayern müssen wir verstärkt in die Offensive gehen und nachdrücklich mit roter Handschrift Korrekturvorschläge zur Stoiber'schen Politik bieten: Gezielte Zukunftsinvestitionen statt Kahlschlagpolitik, Förderung erneuerbarer Energien und Programme zum Energieeinsparen statt Polemik gegen den Atomausstieg, Einsatz für eine nachhaltige Familien- und Bildungspolitik statt scheinheiliger Sonntagsreden.

Für die politische Auseinandersetzung mit der CSU, für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit in Bayern wollen wir in diesem Jahr neue Mitglieder gewinnen. Dabei bitte ich Euch um Eure Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

BayernVorwärts
Verantwortlich: Michael Waldbaur
BayernVorwärts-Redaktion
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

Erfolg 2008 – Für die Menschen arbeiten!

Zu seinem Antrittsbesuch nutzte er in Karlsruhe neu gewählte Generalsekretär, **Hubertus Heil**, die Winterklausur des Landesvorstands. Kern der „Marke“ SPD sei und bleibe, so der 33jährige Generalsekretär in seinem Eingangsreferat, die soziale Ge-

rechtigkeit. Der Versuch der CDU, diesen Begriff zu besetzen, dürfe zwar nicht unterschätzt werden, doch für die Menschen sei klar: „Das Original ist die SPD!“

Der im vergangenen November als Politikampagnenmanager 2005 ge-



Zu Gast bei Franz Maget auf der Klausur der SPD-Landtagsfraktion in Irsee: Landesgruppenchef Ludwid Stiegler und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck.

Interessen vertreten – Arbeit gestalten

Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser. Unter diesem Motto werben die DGB-Gewerkschaften für ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei den heuer stattfindenden Betriebsratswahlen. Vom 1. Februar bis 31. Mai haben die Beschäftigten in den bayerischen Betrieben die Möglichkeit, ihre Interessenvertreter im Betrieb zu wählen.

Bereits ab fünf Beschäftigten können Betriebsräte gewählt werden. Dann entscheiden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit, wenn es um Arbeitszeiten, Aus- und Weiterbildung, Einstellungen und Kündigungen, die Gestaltung der Arbeitsplätze und um vieles mehr geht. Aber auch bei individuellen Problemen hilft der Betriebsrat. Er unterstützt bei Konflikten mit den Vorgesetzten,

geht Beschwerden nach oder widerspricht einer ungerechtfertigten Kündigung.

„Die DGB-Gewerkschaften sind die starken Partner der Betriebsräte. Sie



Münchens DGB-Chef **Helmut Schmid**: Breites Angebot für Betriebsräte und solche, die es werden wollen.

ehrte Staatssekretär und ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer **Kajo Wasserhövel** beantwortete die Frage „Wie erfolgreich sein trotz scheinbarer Aussichtslosigkeit?“. Selbst der Erfolg von 1998 war, wie Wasserhövel erinnerte, lange Zeit nicht sicher, was heute gerne vergessen wird. Der gebürtige Aachener diktierte dem BayernSPD-Führungsgremium 13 Fragen in die Feder, die es für sich beantworten müsste.

Die Verzahnung der 2008 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlkampagne wurde schon in der Klausurtagung praktiziert: Nürnbergs OB **Uli Maly** referierte über die zentralen Themen der Kommunalpolitik.

Martin Apeltauer, Landesgeschäftsführer der SPÖ Salzburg, gab einen Einblick in die Kampagne 2004, an deren Ende Gabi Burgstaller die erste Landeshauptfrau eines konservativ geprägten österreichischen Bundeslandes wurde.

Die Anregungen der Referenten griff der Fraktionschef **Franz Maget** in seinem Referat auf. Gemeinsam mit BayernSPD-Vize **Florian Pronold** wird **Franz Maget** an der Vorbereitung der Landtagswahl 2008 federführend arbeiten. ■



unterstützen bei der Durchführung der Betriebsratswahlen, gerade wenn es bisher noch keinen Betriebsrat gab. Darüber hinaus werden Netzwerke zwischen den Betriebsräten organisiert, und es wird ein breites Angebot an Qualifizierungsmöglichkeiten angeboten“, so der Münchner DGB-Regionsvorsitzende und Chef der Rathaus-SPD in München, **Helmut Schmid**.

In den kommenden Monaten stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGB unter der Hotline 01 80 - 2 34 00 00 für Fragen rund um die Betriebsratswahl zur Verfügung. Weitere Informationen, interessante Tipps für Arbeitnehmer und ein Online-Gewinnspiel finden sich im Internet:

www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de ■

2 Fragen



AN
SUSANN BIEDEFELD,
MDL
ENERGIEPOLITISCHE
SPRECHERIN DER
SPD-LANDTAGS-
FRAKTION

Die CSU bringt längere Laufzeiten für die deutschen Atommeiler und sogar den Bau eines neuen Atomkraftwerks in die Diskussion. Was bedeutet das?

Im Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU vom 11. November 2005 ist eindeutig festgehalten: Der Atomkonsens behält in all seinen Teilen Gültigkeit. Dies gilt insbesondere für die vereinbarten Restlaufzeiten bzw. die Reststrommenge, die noch erzeugt werden darf, und für den Verzicht auf den Bau weiterer Atomkraftwerke in Deutschland.

In diesen Fragen gibt es für uns keinerlei Kompromissbereitschaft. Jede Änderung würde unübersehbare Folgen für den gesamten Koalitionsvertrag und damit für die große Koalition nach sich ziehen. Die Regierungskoalition wäre ernsthaft gefährdet.

Welchen Hintergrund hat Deiner Meinung nach die von der CSU losgetretene Diskussion?

Die von Stoiber und Glos angefachte Atomdebatte ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich, weil sie wirkungsvolles Handeln zu Gunsten einer gesicherten Energieversorgung ohne Atomkraft verhindert. CSU und Staatsregierung wollen damit ihre Untätigkeit im eigenen Land kaschieren.

Statt sich wenige Wochen nach seiner Flucht aus Berlin schon wieder auf der bundespolitischen Bühne zu tummeln, muss Stoiber seine Hausaufgaben in Bayern machen. Wir verlangen ein Konzept „Sichere Energiezukunft in Bayern ohne Atomkraft“, das den Atomausstieg begleitet. Hier steht Stoiber in der Pflicht; er will nur aussitzen, während andere Bundesländer – wie zum Beispiel Schleswig-Holstein – bereits ein Ausstiegskonzept vorgelegt haben.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie – Dynamit für ein soziales Europa

VON DR. SIGRID SKARPELIS-SPERK

Am 11. Februar werden die Gewerkschaften in Berlin gegen die Dienstleistungsrichtlinie demonstrieren. Wir Sozialdemokraten stehen in diesem Kampf an ihrer Seite und rufen alle Mitglieder auf, sich aktiv zu beteiligen. Wir wissen, dass diese Richtlinie nicht ein beliebiges europäisches Gesetz wie viele andere ist, sondern von entscheidender Bedeutung dafür, ob sich, wie die EU-Kommission plant, ein marktradikales Wirtschaften zu Lasten von Arbeitnehmern und kleinen Unternehmen durchsetzt oder ob wir ein soziales Europa anstreben, das Arbeit, nachhaltiges Wachstum und Wohlstand für alle sichern will.

Mit Schlagworten wie gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen, mehr Dynamik, Arbeitsplätze und billigere Dienstleistungen sollen die Privatisierung und Kommerzialisierung wichtiger sozialer, kultureller und gesundheitlicher Bereiche er-

reicht werden, die heute noch in Deutschland durch kommunale und gemeinnützige Träger angeboten werden, was zur Absenkung der Lohn- und Sozialniveaus und zur Beseitigung vieler öffentlicher Auflagen und Kontrollen führen würde:

■ Zentraler Hebel ist das Herkunftslandprinzip: jedes Unternehmen darf in einem anderen EU-Land tätig sein und „im Rucksack“ die Gesetze

seines Herkunftslandes mitbringen. Es wird zu einem Rechts- und Ordnungschaos kommen.

■ Unter den Mitgliedstaaten wird es einen Wettlauf nach unten geben.
■ Nationale Souveränität adieu: Die fremden Unternehmen unterliegen nicht mehr der Kontrolle des Landes, in dem sie gerade arbeiten, sondern in ihrer Heimat – und sei sie tausend Kilometer entfernt.

Sozialdemokraten wollen ein soziales und ein demokratisches Europa. Wir wollen eine Politik, die zu mehr Arbeit, mehr wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und mehr Wohlstand für alle führt.

Dafür muss die Richtlinie grundlegend verändert werden. Wir wollen keinen Regelungswettlauf nach unten, kein Lohn- und Sozialdumping, kein Aufweichen der individuellen und kollektiven Rechte der Arbeitnehmer und wie bisher die Daseinsvorsorge der Kommunen und gemeinnützigen Träger. ■



Sigrid Skarpelis-Sperk, allgäuer Ex-Bundestagsabgeordnete und Expertin für die Dienstleistungsrichtlinie.

Edmund allein im AKW

Um von den innerparteilichen Problemen abzulenken, hat der CSU-Vorsitzende die Atomdebatte entfacht. „Ausstieg aus dem Ausstieg!“ tönt einsam der bayerischen Ministerpräsident in den verbleibenden Atomkraftwerken. Außer einigen wenigen Interessierten steht er mit dieser Position alleine da.

So stellt der Präsident des Umweltbundesamtes, **Andreas Troge**, klar: Kernenergie ist ökologisch, vor allem aber ökonomisch unsinnig und keine Lösung für das Problem der Versorgungsabhängigkeit.

„Tatsächlich“, so der Energieexperte der Bayerischen Landesgruppe im



SPD-Energieexperte Axel Berg sieht Stoiber als letzten Verfechter einer Dinosauriertechnologie.

Bundestag, **Dr. Axel Berg** (München), „kommt auch Uran, der Brennstoff für Reaktoren, aus keinesfalls krisenfesten Regionen. Zudem sind die weltweiten Uranvorräte begrenzt und dürften in spätestens vierzig Jahren aufgebraucht sein.“ Wie andere Experten plädiert Axel Berg dafür, dass sich der Staat auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz konzentriert. Meinungsumfragen lassen die Unterstützung durch eine Mehrheit der Menschen erkennen.

Der steigende Anteil Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieaufkommen und die zunehmende Energieeffizienz im Gebäudebereich durch das energetische Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung sind erste Erfolge. Die von Stoiber angestoßene Debatte um den Atomausstieg bezeichnet Axel Berg dagegen als „gestrig“: „In Wirklichkeit sind wir schon einen Schritt weiter. Mit seinen nuklearen Träumen steht Stoiber ziemlich allein da.“ ■

Die 7 Todsünden der CSU Atompolitik

Atomkraft ist eine Sackgasse, denn:

- Die Atomkraft ist ineffizient; sie nutzt nur 29 bis 35 Prozent der eingesetzten Energie.
- Die Risiken der Atomkraft im Normalbetrieb – die Wirkung geringer Dosen an Radioaktivität auf das Leben – sind weitgehend unerforscht.
- Die Risiken von Störfällen haben uns Three Miles Island und Tschernobyl vor Augen geführt. Alle Strahlenschäden sind absolut irreversibel.
- Große Energie-Versorgungseinheiten sind in besonderem Maße störanfällig.
- Die weltweiten Vorräte an Natururan sind auf etwa 25 Jahre begrenzt.
- Ein Festhalten an der Atomtechnologie würde den Einstieg an die mit ungleich höheren Risiken behaftete Plutonium-Wirtschaft bedeuten.
- Hinzu kommt eine Hypothek für Tausende von menschlichen Generationen durch die bisher auch nicht im Ansatz gelöste Endlagerfrage.



Mundfunk-Futter im Februar

Diesmal geht es rund um das Thema **Energie und Atomausstieg:**

■ U-01-2006: Der Koalitionsvertrag gilt: Ja zum Atomausstieg ohne Restlaufzeiten!

■ U-08-2005: Die Energiewende in Bayern kann gelingen

■ U-06-2005: Bioenergie – bäuerlicher Wachstumsfaktor mit Nachhaltigkeitsgarantie

■ U-05-2005: Bayerns Standortvorteile bei den erneuerbaren Energien nutzen

■ U-04-2005: 1 Jahr Bayerisches Klimaschutzbündnis – die Seifenblase ist zerplatzt

Und so geht's:

Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.
Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de
Per E-Mail: info@bayernspd.de (Datei oder Ausdruck? Absender!)
Per Fax: 089 - 23 17 11 38 (Absender-Faxnummer!)
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München

Dreikönigstreffen in Stadt und Land

Dreikönigstreffen steht nicht nur für den Veranstaltungstag am 6. Januar. Drei „Könige“ waren es auch, die sich im Münchner Hofbräukeller mit rund 500 Gästen trafen: Franz Maget, OB Christian Ude und EU-Kommissar Günter Verheugen. Dreikönigstreffen auch auf dem Land: Beim 60. Dreikönigstreffen in Kirchanschöring sprach der neue SPD-Bundesgeschäftsführer Martin Gorholt.

„Unser Platz ist nicht nur geografisch, sondern auch politisch in der Mitte Europa“, betonte EU-Kommissar **Günter Verheugen** beim traditionellen Dreikönigstreffen der Münchner SPD. Von seiner Partei erwarte er, daran keine Zweifel aufkommen zu lassen und europakritischen Tönen entgegenzutreten: „Es ist leicht, über ein System herzuziehen, das gar nicht einfach sein kann.“

OB **Christian Ude**, Präsident des Deutschen Städtetags, reklamierte die Verantwortung von Bund und Land für die Kommunen: „Sie dürfen

weder weiter in die Schuldenfalle getrieben noch ihrer finanziellen Gestaltungsspielräume beraubt werden.“ Weder dürfe die Gewerbesteuer in Frage gestellt werden noch dürfe die CSU-Staatsregierung Belastungen vor allem in der Bildungspolitik auf die Kommunen abwälzen.

Bereits zum 60. Mal luden die SPD-Kreisverbände Berchtesgadener Land und Traunstein zum Dreikönigstreffen ein, das seit 1947 in Kirchanschöring stattfindet. Verbunden damit wurde der 60. Geburtstag des Ortsvereins Kirchanschöring gefeiert. ■



„Drei Könige“ in München: SPD-Chef **Franz Maget**, EU-Kommissar **Günter Verheugen** und OB **Christian Ude**.



Ehregast in Kirchanschöring war neben den Sternsängern Bundesgeschäftsführer **Martin Gorholt**.

Weihnachtsrätsel Auflösung

Regierungsverantwortung...

.. ist besser, Opposition Mist, wie Vizekanzler Franz Müntefering zu sagen pflegt. Regierungsverantwortung war auch das richtige Lösungswort des großen BayernVorwärts-Weihnachtsrätsel. Eine Vielzahl an Einsendungen zeigte uns, dass wir mit dieser Rätselform richtig liegen. Wir wollen solche Rätsel deshalb in jeder Special-Ausgabe machen.

Die Gewinnerinnen und Gewinner sind:

Hans Buerhop, Werner Eichhorn, Lorenz Günter; Wolfgang Jäger, Reiner Löbert, Edeltraud Mayer, Eva und Bruno Raber, Siegfried Schnabel, Brigitta Stöber, Hans Waidmann. Allen herzlichen Glückwunsch. Die Preise wurden bereits verschickt.

Für uns im Landtag

HERMANN MEMMEL

„Für mich ist Bürgernähe keine Floskel, sondern die Grundlage, um Politik wirkungsvoll umzusetzen“, sagt **Hermann Memmel**, 66.



Er ist SPD-Landtagsabgeordneter aus dem Stimmkreis München-Ramersdorf, Perlach-Waldperlach, Neuperlach und Trudering-Riem sowie als Betreuungsabgeordneter des Stimmkreises Rosenheim-Ost.

Hermann Memmel ist Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Mitglied im Landessportbeirat, sportpolitischer Sprecher für München und Oberbayern und im Landesseniorenrat.

Als langjähriger Stadtrat in München hält Hermann Memmel Kontakt zur Landeshauptstadt München.

Kontakt: Melusinenstraße 18, 81761 München, TEL 089 - 409 08 130, FAX 089 - 409 08 131, EMAIL memmel@hermann-memmel.de

Verdienste um die Verfassung

Für ihre Verdienste um die Verfassung des Freistaats sind SPD-Fraktionschef **Franz Maget** und seine Stellvertreterin **Johanna Werner-Muggendorfer** sowie die Leiterin des Archivs der Münchner Arbeiterbewegung e.V., **Ingelore Pilwousek**, mit der Bayerischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt der frühere SPD-Vorsitzende Dr. **Hans-Jochen Vogel**.

Die 1961 gestiftete Medaille mit dem Bayerischen Staatswappen gehört zu den staatlichen Auszeichnungen, die im Freistaat am seltensten vergeben werden. ■



Franz Maget erhielt die Verfassungsmedaille in Gold. **Johanna Werner-Muggendorfer** und **Ingelore Pilwousek** wurden mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet. **Hans-Jochen Vogel** hielt die Ansprache.

80 Jahre Genossin!



Wenzenbachs SPD-Chef **Robert Kral**: „**Johanna Lugauer** ist eine Genossin, zu der man aufschaut.“

Die WenzelbachSPD konnte im Januar **Johanna Lugauer** für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD gratulieren und danken. Als 15-jährige trat Johanna Lugauer, aus der Arbeiterjugend kommend, der Partei bei. Sie blieb auch in der Zeit des NS-Regimes der Sozialdemokratie treu. Nach dem Krieg kam die geborene Leipzigerin in die Oberpfalz. Die Mutter zweier Kinder war immer eine aktive Wahlkämpferin, widmete sich aber vor allem karitativen Aufgaben und war bei der Arbeiterwohlfahrt und den Naturfreunden aktiv. Bis heute verfolgt Johanna Lugauer das politische Geschehen, ob in der Gemeinde, im Freistaat oder im Bund. ■

Ehrenamtspreis 2005



Christian Vogel überreicht den Ehrenamtspreis der Nürnberger SPD an **Rosemarie Gayer**.

Nach dem Motto „Taten statt Worte“ würdigte die NürnbergSPD erstmals mit dem Ehrenamtspreis das freiwillige und ehrenamtliche Engagement.

„Unsere Gesellschaft wäre ohne ehrenamtlichen Einsatz ein Stück ärmer. Nicht nur weil einige Dienstleistungen nicht mehr bezahlt werden können.“, so der Chef der NürnbergSPD, **Christian Vogel**, über den am Tag des Ehrenamts verliehenen Preis.

Den mit 1.000 Euro dotierte Ehrenamtspreis 2005 erhielt die unter 34 Bewerbungen ausgewählte **Rosemarie Gayer**, die sich seit vielen Jahren in der Betreuung psychisch Behinderter engagiert. ■